

Zürich,
25. August 2010

Weisung des Stadtrates an den Gemeinderat

Postulat Grüne-Fraktion betreffend Ansiedlung von Unternehmen, Massnahmenplan, Bericht und Abschreibung

Am 17. September 2008 reichte die Grüne-Fraktion folgendes Postulat, GR Nr. 2008/422, ein:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, dem Gemeinderat eine Strategie und einen Massnahmenplan vorzulegen, welcher zum Ziel hat, innert weniger Jahre am Standort Zürich

- ausser dem Finanzbereich andere Branchen mit namhaften Arbeitsplatz- und Steuer-Volumen anzusiedeln,
- Branchen zu fördern, die Dienstleistungen und Produkte mit nachhaltiger und energetisch sinnvoller Wirkung herstellen und anbieten,
- die Ansiedlung von KMU besonders fördert, indem für diese attraktive Rahmenbedingungen geschaffen werden, allenfalls auch durch günstigen Gewerbe- und Büroraum,
- Wohnraum sicherstellt, welcher es auch KMU ermöglicht, dass deren Mitarbeitenden und Familien in der Stadt Zürich wohnen können.

Begründung:

Die Anfälligkeit der Stadt Zürich bei schlechtem Geschäftsgang im Finanzbereich hat sich erneut gezeigt. Zwar hat dies der Stadtrat schon längst erkannt, und er unternimmt einiges und das durchaus auch erfolgreich, um andere Firmen in Zürich anzusiedeln. Offenbar reicht dies aber nicht.

Nebst den Standortfördermassnahmen im Rahmen von grösseren Verbunden, wie Greater Zurich Area Standortmarketing, ist es notwendig, die Stadt eigenen Interessen separat und noch stärker zur Geltung zu bringen.

Wir tragen eine grosser Verantwortung in erster Linie gegenüber der Bevölkerung und den hier angesiedelten Institutionen: Wirtschaftliche Einbrüche, wie sie der Finanzsektor erfahren hat, und sich auf den Steuerertrag, allenfalls auch auf die Arbeitsplätze derart stark auswirken, müssen vor allem von den Steuerzahlenden in der Stadt aufgefangen werden.

Die Standortförderung ist derart auszubauen, dass unterschiedliche Branchen sich hier ansiedeln, welche - im Idealfall - bei Krisen nicht in gleicher Weise darunter leiden. Dazu gehören auch KMU, die erwiesenermassen krisenresistentere Arbeitsplätze anbieten. Oft sind diese zudem für „grosse Player“ in einer Branche interessante Partner.

Einleitende Bemerkungen: Der Stadtrat hat seit der Entgegennahme des Postulats verschiedene Massnahmen ergriffen, die darauf abzielen, den Standort nachhaltig zu stärken und die Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Firmen attraktiv zu gestalten. Aufgrund der getätigten Investitionen verfügt Zürich über eine überdurchschnittlich ausgebaute Infrastruktur. Zusammen mit der Lebensqualität wird Zürichs Standortattraktivität international sehr hoch eingeschätzt.

Die Stadt hat die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise bislang gut gemeistert. Die Rechnung 2009 der Stadt Zürich wies eine erfreuliche «rote Null» aus, mit einem Defizit von lediglich 6 Mio. Franken. Auch die negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hielten sich im Rahmen. Die Arbeitslosenquote in der Stadt Zürich stieg nie über 5 Prozent. Dazu beigetragen hat sicherlich auch das robuste Fundament der Zürcher Wirtschaft mit ihrer Firmen- und Branchenstruktur. Sie ist geprägt durch viele solide KMU's, die sich in der Krise als flexibel erweisen.

Das Papier «Wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Aktivitäten der Stadt Zürich im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld» des Stadtrates vom 29. Oktober 2009 gibt einen Überblick über die wichtigsten Handlungsfelder, Strategien und Aktivitäten im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen. Anzeichen einer Konjunkturerholung machen sich derzeit auf nationaler und lokaler Ebene bemerkbar. Auch die Arbeitslosenrate in der Stadt Zürich ist seit Jahresbeginn von 4,7 Prozent auf 4,1 Prozent (Juli 2010) gesunken.

Zum ersten Punkt – Ansiedlung anderer Branchen: Die Finanzbranche in der Stadt Zürich ist bezüglich Wertschöpfung und als Steuerzahlerin kaum durch andere Branchen zu ersetzen (mehr als 20 Prozent der Wertschöpfung im Kanton Zürich werden von der Finanzbranche erwirtschaftet). Im industriellen Sektor und in den so genannten zukunftsträchtigen Branchen gibt es in Zürich jedoch mehrere Unternehmen, die bedeutsame Arbeitgeber (z. B. MAN Turbo, Siemens Schweiz, IBM) und Steuerzahler sind.

Im Rahmen der Strategien Zürich 2025 möchte der Stadtrat gezielt die Ansiedlung und Gründung von Hightech und anderen zukunftsträchtigen Firmen fördern. Neben dem traditionellen Finanzsektor verfügt die Stadt mit den Life Sciences (v.a. Spin-offs der Hochschulen, aber auch Ableger von Grossfirmen wie beispielsweise NovoNordisk), der Kreativwirtschaft (9 Prozent der Arbeitsplätze in der Stadt Zürich gemäss dem «Zweiten Zürcher Kreativwirtschaftsbericht 2005»; dritter Bericht erscheint Herbst 2010) und den Informations- und Kommunikationstechnologien (neben Grossfirmen wie IBM, Microsoft und Google auch zahlreiche Kleinfirmen und Start-ups) über drei zukunftsträchtige Cluster, die laufend weiterentwickelt werden. In der Cluster-Entwicklung arbeitet die Stadt Zürich eng mit der Standortförderung des Kantons Zürich zusammen. Auch in den Umwelttechnologien (Cleantech) ist die Stadt Zürich bereits aktiv (vgl. den zweiten Punkt). Die städtische Wirtschaftsförderung trägt mit verschiedenen Förderungs- und Unterstützungsmassnahmen dazu bei, den Bekanntheitsgrad des Wirtschaftsstandorts zu steigern. Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung sind mehrheitlich mittel- bis langfristig ausgerichtet und werden in den kommenden Jahren weiterverfolgt.

Zürich ist von seiner Grösse und Struktur her zu einem vorzüglichen Standort für Dienstleistungen herangewachsen. Die Stadt Zürich setzt sich gleichzeitig auch für Industrie und Gewerbe ein und möchte die Rahmenbedingungen für diese weiter verbessern (vgl. den dritten Punkt). Mit der heutigen Branchenstruktur verfügt Zürich im europäischen Standortvergleich über eine hohe Attraktivität sowie über ein sehr gutes Wachstumspotenzial (vgl. Int. Benchmarking Forum 2010, BAK Basel).

Zum zweiten Punkt – Förderung von Branchen, die Dienstleistungen und Produkte mit nachhaltiger und energetisch sinnvoller Wirkung anbieten: Der Stadtrat ist überzeugt, dass so genannte Cleantech-Unternehmen grosses Potenzial haben. Er setzt sich deshalb für hervorragende Standortqualitäten im Cleantech-Bereich ein, um das Entstehen und Gedeihen von Cleantech-Unternehmen zu fördern. Dies steht in Übereinstimmung mit dem Bekenntnis zur 2000-Watt-Gesellschaft und den Strategien 2025 des Stadtrates, die die Schaffung einer nachhaltig ausgerichteten Metropole zum obersten Ziel erklären.

Massnahmen in diesem Zusammenhang sind beispielsweise die Unterstützung des internationalen Konsortiums «Climate-KIC» (Climate Knowledge and Innovation Community), an dem die ETH Zürich federführend beteiligt ist, oder die Lancierung eines Forschungsschwerpunkts «Energieeffizienz und Erneuerbare Energien» in der Höhe von 10 Mio. Franken, finanziert durch ewz, über den der Gemeinderat nach der Sommerpause 2010 entscheidet. Zudem hat die Stadt Zürich die Federführung beim Projekt «Zürich Green Region» inne, das die Stärkung der Cleantech-Standortqualitäten des Metropolitan-Raums Zürich bezweckt. Die Stadt Zürich setzt sich ferner zusammen mit Partnern wie dem Kanton Zürich, der Metropolankonferenz Zürich, Zürich Tourismus, der GZA, swisscleantech, economiesuisse und OSEC dafür ein, die Cleantech-Standortqualitäten besser

hervorzuheben.

An der Weltausstellung 2010 in Shanghai betreibt Zürich einen gemeinsamen Städtepavillon mit Basel und Genf unter dem Motto «Better Water – Best Urban Life» zur Darstellung der in den drei Schweizer Städten extrem hochdifferenzierten Wassertechnologie. Im Rahmen einer «Zürich-Woche» im Mai dieses Jahres erhielten hiesige Unternehmen mit nachhaltigen Lösungen die Gelegenheit, ihre Kompetenzen der Welt und insbesondere dem chinesischen Markt zu präsentieren.

Die Stadt Zürich selber tätig in der Energieproduktion, im Bau- und Transportwesen jährlich umfangreiche Investitionen, die eng mit dem Thema Cleantech verknüpft sind. Durch die Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft spielen Energieeffizienz und erneuerbare Energien bereits heute eine zentrale Rolle.

Zum dritten Punkt – Ansiedlung von KMU: Die kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU) bilden das Rückgrat der Zürcher Wirtschaft und sind bedeutende Arbeitgeber. Von ihrer Grösse und Ausrichtung her sind KMU flexibler, was sich besonders in Krisenzeiten als Vorteil erweist. Gleichzeitig sehen sich die KMU einem verstärkten Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Gewerbebetriebe und der unabhängige Detailhandel sind aufgrund der wachsenden Flächenkonkurrenz und den steigenden Mieten mit mehr Entwicklungsproblemen konfrontiert als grosse, wertschöpfungsintensive Betriebe. Die Stadt Zürich setzt sich dafür ein, dass die urbane Vielfalt erhalten bleibt und möchte in Zukunft die Rahmenbedingungen für KMU, auch in Zusammenarbeit mit dem Gewerbe, weiter verbessern. Verbesserte Rahmenbedingungen für KMU sind gleichfalls zentrale Anliegen der beiden KMU-Volksinitiativen von 2009. Der Stadtrat teilt grundsätzlich die Stossrichtung dieser Initiativen, wie er u.a. in der Studie «Gewerbefreundliche Stadt Zürich» vom April 2010 aufzeigt. Gemäss der Studie werden zum Beispiel Massnahmen im Bereich «Zonierung und baurechtliche Massnahmen» erwogen. Heute vorhandene Industriezonen sollen erhalten und ein Gewerbemindestanteil innerhalb der Industriezonen mit Handels- und Dienstleistungsbetrieben (IHD) könnte eingeführt werden. Im Bereich «Bauland und Immobilien» prüft der Stadtrat, ob bei Bedarf geeignete Parzellen im Baurecht vergeben werden, damit Gewerbehäuser realisiert werden können.

Viele Unternehmen, die sich in Zürich ansiedeln, starten mit ein paar wenigen Mitarbeitenden. Selbst Grosskonzerne, welche die Schweiz als neuen Standort auserkoren haben oder hier ein Forschungszentrum errichteten, sind zunächst mit einer Mitarbeiterzahl im Bereich einer KMU (bis 250 Mitarbeitende) gestartet und haben nach und nach mehr Stellen geschaffen. Somit können fast alle Ansiedlungen als KMU bezeichnet werden.

Zum vierten Punkt – Sicherstellung von Wohnraum: Bereits in den Legislatorschwerpunkten «10 000 Wohnungen in 10 Jahren» (1998 bis 2002) und «Wohnen für alle» (2002 bis 2006) lag ein wichtiger Fokus auf der Förderung bezahlbaren Wohnraums für den Mittelstand. Zentral war etwa die intensive Zusammenarbeit mit Genossenschaften und die dazugehörige Vergabe von Baurechten. So wurden 2000 bis 2009 insgesamt 19 Baurechtsverträge mit insgesamt 1000 Wohnungen vollzogen. Zählt man alle bereits absehbaren künftigen Wohnungen auf Baurechtsland dazu, ergibt sich ein Total von rund 2000 Wohnungen, welche die Stadt neu ermöglichte. Summiert man alle gemeinnützigen Wohnungen, die seit 1999 mittels direkter oder indirekter städtischer Unterstützung (Baurechte, zinslose Darlehen, Restfinanzierungen, Genossenschaftskapital, Wettbewerbe usw.) entstanden sind, kommt man gar auf rund 3000 neue Wohnungen. Alle diese Wohnungen werden zur Kostenmiete angeboten, und sie werden auch künftigen Generationen aufgrund der spezifischen Preisentwicklungsdynamik bei der Kostenmiete als preiswerte Wohnungen zur Verfügung stehen.

Aufbauend auf dieser Politik stellte der Stadtrat am 23. November 2009 neue wohnpolitische Handlungsleitlinien vor. Diese enthalten eine klare Verpflichtung der Stadt zum Kauf von

Land bzw. Liegenschaften zwecks vergünstigter Abgabe für den genossenschaftlichen Wohnungsbau und zur Bereitstellung von kommunalem Wohnraum, insbesondere durch gezielte Arrondierungskäufe, um damit taugliche Grundstücksgrößen zu erreichen. Damit soll auch künftig ein Anteil von 25 Prozent gemeinnütziger Wohnungen am Gesamtbestand mindestens gehalten werden. Ebenso möchte der Stadtrat gemäss diesen Handlungsleitlinien den zentralen Wert einer gesunden sozialen Durchmischung im Zuge der weiteren Verdichtung und des weiteren Wachstums erhalten, und die Stadt wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten künftig auch in sozial besser gestellten und damit teureren Quartieren wohnpolitisch aktiv sein. Ergänzend dazu deklarierte der Stadtrat, dass sich die Stadt dort, wo mit Infrastruktur- oder planerischen Massnahmen Mehrwerte geschaffen werden, im Rahmen von Verhandlungen mit grösseren Grundeigentümern über Sonderbauvorschriften oder Gestaltungsplanverfahren für einen angemessenen Anteil gemeinnütziger Wohnungen einsetzen soll.

Die Umsetzung der genannten Leitlinien sowie weiterer überwiesener Vorstösse zum Thema Wohnungsbau und Wohnen schaffen die Voraussetzungen, dass auch künftig genügend bezahlbarer Wohnraum für den Mittelstand vorhanden ist. Davon profitieren auch Mitarbeitende von KMU und deren Familien.

Dem Gemeinderat wird beantragt:

- 1. Vom Bericht betreffend Ansiedlung von Unternehmen, Massnahmenplan, wird Kenntnis genommen.**
- 2. Das Postulat der Grüne-Fraktion vom 17. September 2008, GR Nr. 2008/422, Ansiedlung von Unternehmen, Massnahmenplan, wird als erledigt abgeschrieben.**

Die Berichterstattung im Gemeinderat ist der Stadtpräsidentin übertragen.

Im Namen des Stadtrates
die Stadtpräsidentin
Corine Mauch
der Stadtschreiber
Dr. André Kuy